

Klassenkampf gegen die Kriegstreiber

Die Diskussion auf dem VI. Weltkongress

Moskau, 5. August. (Zusatz.) In der 21. Sitzung des VI. Weltkongresses am 4. August unter dem Vorsitz des Genossen Kihboom (Schweden) wurde die Diskussion zur Kriegsstage fortgesetzt.

Genosse Stanislawski (Polen) führt aus: Die Thesen über die Kriegsstage weisen einige Lücken auf, insbesondere in bezug auf die unterdrückten Nationalitäten. Die jüngste Note Polens anlässlich der Rede des Genossen Bucharin wurde mit einer großzügigen Protestversammlung beantwortet, die der Solidarität der revolutionären Arbeiterschaft Polens mit der Sowjetunion gegen die polnischen Kriegsvorbereitungen sowie ihrer Solidarität mit dem VI. Weltkongress der Komintern Ausdruck gab.

Genosse Kolarow (im Namen aller Balkanparteien): Der Balkan ist der gefährlichste Kriegstheater. Die Hauptgefahr ist ein Krieg gegen die Sowjetunion, für den der Balkan große Bedeutung hat. Großbritannien ist bestrebt, einen Balkanblock gegen die Sowjetunion zu schaffen und hat bereits Erfolge in dieser Richtung. Griechenland und Bulgarien stehen vollständig, Rumänien zum großen Teil unter dem Einfluss Großbritanniens, dessen Einfluss auch in Jugoslawien wächst. Die Konkurrenz zwischen Großbritannien und Frankreich auf dem Balkan bedeutet wohl keine akute Kriegsgefahr, so sehr aber der Konflikt zwischen Italien und Jugoslawien. Innerhalb der Balkanländer sind die machtpolitische, transilvanische und die Dobruja-Frage gefährliche Kriegskonfliktpunkte. Leider behandeln manche Balkanparteien die Kriegsstage nicht ernst genug. Angesichts der internationalen Lage der Balkanländer müssen die Balkanparteien ihren schonungslosen Kampf gegen die eigene Bourgeoisie in konkreter Weise mit dem Kampf gegen den Weltimperialismus verbinden. Die kommunistischen Parteien des Balkans müssen die Wichtigkeit der Partisanenkämpfe der Bauern und Werktätigen der unterdrückten Nationalitäten vom Standpunkte des Bürgerkrieges einschätzen und sie durch gemeinsame Lösungen mit den Aktionen der revolutionären Arbeiterschaft verbinden.

Genossin Pollitt (Großbritannien): Die meisten kommunistischen Parteien zeigen die Neigung, die Rolle der Arbeiterfrauen im Kampf gegen den Krieg zu unterschätzen. Infolge der Vernachlässigung dieser Arbeit durch die kommunistischen Parteien suchen viele Arbeiterfrauen, die von diesem Krieg gegen den Krieg erfüllt sind, Anschluss an bürgerliche sozialistische Organisationen. Die kommunistischen Parteien müssen eine Massenbewegung gegen den Krieg organisieren, die alle Schichten der Werktätigen, darunter auch Arbeiterinnen und Hausfrauen erfasst, wobei die Tatsache zu berücksichtigen ist, dass zahlreiche Frauen in Betrieben beschäftigt sind, die für die Kriegswirtschaft in Betracht kommen. Die Antikriegspropaganda sollte den kommunistischen Parteien die beste Gelegenheit, an die arbeitenden Frauen heranzutreten.

Genosse Grube (Deutschland): Unsere Arbeit in den Gewerkschaften, die noch verschiedene Mängel aufweist, müssen wir mit dem Kampf gegen die Kriegsgefahr verbinden. Es ist uns gelungen, zahlreiche Arbeiterelemente vom Stahlhelm loszulösen. Wir müssen die Arbeit im Reichsbanner, das ebenso wie der Stahlhelm seine Hauptaufgabe im Kampfe gegen den Bolschewismus sieht, verstärken. Die Arbeit unter den Frauen wird von unseren Sektionen vernachlässigt. In Deutschland sind auf diesem Gebiete Ansätze vorhanden, durch die Bildung des Roten Frauen- und Mädchenbundes, der aber von der Partei stärker unterstützt werden muss. Der Kongress muss die Delegationen anweisen, auch auf die Antikriegsarbeit unter den Bauern, die vernachlässigt wird, größeres Gewicht zu legen.

Genosse Wastjewa (USA): In der bisherigen Diskussion wurde sehr wenig darüber gesprochen, wie die Beschlüsse des 8. Plenums über die Bekämpfung des Krieges praktisch durchgeführt wurden. Die dringendste praktische Aufgabe ist der Ausbau der Sektionen der Partei in den wichtigsten Großbetrieben. Die Vernachlässigung dieser Arbeit bedeutet objektive Förderung der Kriegsgefahr. Ein Fragebogen der K. P. D. an die Parteileiter über die Stimmung der Arbeiterschaft bezüglich der Kriegsgefahr und der Möglichkeit ihrer Bekämpfung zeigt, dass die Mehrzahl der Arbeiter an die Möglichkeit eines baldigen Krieges nicht glaubt. Fast alle Antworten besagen, dass gegen die Kriegsgefahr nichts unternommen werden könne, weil die Betriebsorganisationen usw. zu schwach sind. Im Vergleich zu anderen Sektionen hat die französische Partei in der Bekämpfung des Krieges mehr Erfolge, aber auch diese Erfolge sind noch nicht das Resultat einer ständigen zähen Arbeit. Im Bereich des Ausbaus sind keine Fortschritte zu verzeichnen. In der chemischen Industrie haben wir fast keine Zellen. Die Vorbereitungen zum Übergang zur Illegalität sind fast in allen Parteien sehr schwach. Notwendig ist eine reichhaltige bolschewistische Selbstkritik von unten und von oben. Die Parteileitungen müssen von den unteren Organisationen nicht nur Berichte, sondern auch Beweise über die durchgeführte Antikriegsarbeit fordern.

Genosse Sirola (Finnland): Finnland ist mit dem britischen Imperialismus eng verbunden. Unter britischem Einfluss werden seine Beziehungen zu den baltischen Staaten immer enger. Das feindliche Verhalten Finnlands gegenüber der Sowjetunion ist durch seine äußerliche Freundschaft nur scheinbar verhüllt. Die Sozialdemokraten unterstützen die Antisowjetpolitik der finnischen Bourgeoisie. Die finnische Delegation billigt voll und ganz die Thesen, schlägt jedoch Ergänzungen über die Antikriegsarbeit unter den Bauern, den Frauen und den nationalen Minderheiten vor.

Genosse Tanaka (Japan): Die Thesen geben eine klare Linie über die Aufgabe der Parteien im Kampfe gegen die Kriegsgefahr. Der japanische Imperialismus, einer der mächtigsten Kriegstreiber und das Bollwerk der Konterrevolution im Fernen Osten, greift bereits offen in China ein. Die Gegensätze zwischen Großbritannien und Amerika und zwischen Amerika und Japan haben sich durch die japanische Invasion in China noch mehr verschärft. Die japanische Bourgeoisie spielt eine aktive Rolle in der Antisowjetfront, trotz der freundschaftlichen Maske, die die japanische Regierung gegenüber der Sowjetunion anlegt.

Die 22. Sitzung des VI. Weltkongresses fand unter dem Vorsitz des Genossen Kihboom, nachher des Genossen Humbert Drog statt.

Genosse Paris (Deutschland): Angesichts der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion muss die Komintern auch den Grenzgebieten größere Aufmerksamkeit zuwenden. Eines der wichtigsten Grenzgebiete ist Oberschlesien, dessen reichste Industriebezirke Polen zugesprochen wurden, um den polnischen Staat im Falle der Sowjetunion zu stärken. Sowohl in polnischen wie auch im deutschen Teile Oberschlesiens wurden groß angelegte Kriegsbetriebe geschaffen. Daher ist eine dringende Aufgabe der deutschen und der polnischen kommunistischen Partei, in enger Verbindung miteinander ihre Arbeit in diesen Betrieben und unter den Werkstätten Ober-schlesiens vielfach zu verstärken.

Genosse Franconi (Frankreich): Als Antwort auf die Rede des Genossen Wastjewa, der bei der Feststellung der Antikriegsbedingungen in Frankreich bezweifelte, dass die Antikriegsbewegung auf Grund eines Arbeitsplanes und einer systematischen Aktion der französischen Partei entstanden ist, darf auf hinweisen, dass die französische Partei für die Antikriegsarbeit einen festen Arbeitsplan hatte und ihren Organisationen entsprechende Direktiven gab, deren Durchführung auch begann. Die Ergebnisse unserer Arbeit in der Armee beweisen, dass wir die Antikriegsarbeit systematisch organisierten, wobei wir danach trachten, diese Arbeit, die noch nicht vollkommen ist, jeden Tag zu verbessern.

Hinsichtlich der Rolle der französischen Sozialdemokraten in den imperialistischen Kriegsvorbereitungen verweise ich darauf, dass in bezug auf die Haltung gegenüber dem Bitterbunde keine Meinungsverschiedenheit mehr im Schoße der französischen Sozialdemokratie vorhanden ist. Die Zustimmung zum Kellogg-Pakt zeigt ebenfalls, dass die französischen Sozialdemokraten bereit sind, den Imperialismus zu verteidigen und einen Angriff auf die Sowjetunion zu unterstützen. Der Waffstillstand der II. Internationale wird ungewisslich zur Stärkung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen beitragen, wenn auch die Beschlüsse, die dort gefasst werden, die wahren Ziele der Sozialdemokratie durch eine pazifistisch-humanitäre Phrasologie verhüllen werden.

Genosse Wikiewicz-Kapsula (im Namen der kommunistischen Parteien Litauens, Letlands, Estlands und Finnlands): Den vorherrschenden Einfluss in den Handstaaten hat der britische Imperialismus, der auch die Steigerung der Rüstungen dieser Staaten stark forciert. Neben regulären Truppen bestehen in den Handstaaten starke und ausgebildete und bewaffnete irreguläre faschistische Truppen, mit

dem Ziel, das Hinterland zu sichern und die Soldaten mit Maschinengewehren vorwärtszutreiben. Der Konflikt zwischen Polen und Litauen wird mit jedem Tage akuter. Polen beginnt bereits Truppen an der litauischen Grenze zu konzentrieren. Pilsudski lässt sich dabei auf eine Anzahl ebensolcher litauischer Generalfeldmarschälle, andererseits auf die berüchtigten litauischen Sozialdemokraten Pleščaitis und Cie., von denen sich die litauische Sozialdemokratie niemals abgrenzte. Die Bourgeoisie Litauens war, aus Angst vor der Revolution, immer bereit, auf einen Kompromiss mit Polen im Sinne des Diktats der imperialistischen Mächte einzugehen, was nur befreit, daraus den möglichst großen Nutzen für sich herauszuschlagen. Nur der Protest der breiten Massen, sogar von einigen faschistischen Schichten, bewog die faschistische Regierung Litauens, die Konzentration hinauszuschieben und den Schein eines Widerstandes zu erwecken.

Der einzige wirkliche Verteidiger der litauischen Unabhängigkeit ist die K. P. Litauens, die die Lösung auslieferte; Verteidigung der Unabhängigkeit Litauens gegen die polnischen Imperialisten und Kampf um den Sturz der faschistischen Diktatur in Litauen! Die ganze II. Internationale nahm zum Konflikt zwischen Polen und Litauen im Sinne einer Unterwerfung der Eroberungsabsichten Pilsudskis Stellung. Die kommunistischen Parteien behaupten, dass sie alles tun, um den Krieg gegen die Sowjetunion in den Bürgerkrieg zu verwandeln. Eine wirkliche Vorbereitung dazu ist aber in den meisten Parteien noch äußerst schwach. Von den baltischen Staaten steht diese Arbeit verhältnismäßig in Finnland am besten, auch in Litauen ist sie gut, dagegen in Estland und in Letland noch schwach. Es wäre falsch, im Falle einer Mobilisierung die Lösung der Desertion herauszugeben. Wir können natürlich eine spontane Desertionsbewegung nicht verhindern, müssen aber im Falle eines Krieges alle Mobilisierten aufrufen, die Waffen anzunehmen und sie gegen die wirklichen Feinde, die Gutsbesitzer, Kapitalisten und die gesamte kapitalistische Ordnung zu wenden.

Genosse Dombal (Kommunistische Fraktion der Bauerninternationalen): Die Bauerninternationalen kann bei der Bekämpfung des Krieges gute Dienste leisten. Die Hauptaufgabe in der Vorbereitungsperiode ist in dieser Hinsicht die Verbesserung eines Bauernkongresses über die Kriegsgefahr notwendig. Nach der Mobilisierung werden wahrscheinlich auch die revolutionären Bauernorganisationen unterdrückt, daher werden wir zu neuen Methoden Zuflucht nehmen müssen. Das Zusammenfassen großer Bauernmassen in den Armeen schafft günstige Arbeitsmöglichkeiten, wenn die organisatorischen Voraussetzungen hierzu rechtzeitig geschaffen werden. Wir müssen in unserem Kampfe gegen den Krieg auch den Widerstand der Bauern gegen Requisitionen und Einquartierungen, sowie die Notwendigkeit der Organisation der Kriegswitwen und -weisen in Betracht ziehen. Wir müssen die pazifistischen Phrasen der rechten Bauernführer wie Rodisch, der für das Kriegsbudget stimmte, schonungslos entlarven.

Das Arbeitsamt Dresden blamiert sich

Schon seit Inkrafttreten des Erwerbslosenversicherungsgesetzes lehnt der Vorsitzende des Spruchauschusses beim Arbeitsamt Dresden den Vorsitzenden des Erwerbslosenausschusses Groß-Dresden, den Genossen Reichelt, als Vertreter bei Verhandlungen vor dem Spruchauschuss ab. Obwohl Reichelt von der Landesprüfkammer beim Landesarbeitsamt händig zugelassen wurde, spielte sich am 22. Juni folgender furiöser Vorgang ab. Genosse R. kam gerade von einer Verhandlung vor der Landesprüfkammer; er hatte dort einen Kollegen aus Ostschlesien vertreten und sollte nun vor der Dresdener Spruchkammer einen Dresdener Erwerbslosen vertreten. Da der Vorsitzende, Herr Hoffmann, wiederum den Genossen R. als Vertreter ablehnte, wies dieser auf den ungleichen Standpunkt des Beseligen hin und führte an, dass nach den gesetzlichen Bestimmungen nur Personen abgelehnt werden könnten, die die Bestimmungen geschäftsmäßig betreiben. Da er seine Tätigkeit als Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses nur ehrenamtlich verfolge und keinerlei Entlohnung dafür erhalte, komme bei ihm der Begriff „Geschäftsmäßigkeit“ nicht in Frage. Die Spruchkammer, die diesmal neben Herrn Direktor Hoffmann als Vorsitzenden und dem Syndikus des Reichsindustriellenverbandes, Herrn Dr. Ritzsch, und dem Bevollmächtigten des Heizer- und Malcherverbandes, Keller, als Beisitzer besetzt war, verurteilte nach kurzer Beratung als Beschluss, dass R. von der Spruchkammer abgelehnt würde, da es hinreichend bekannt sei, dass er die Geschäfte des Erwerbslosenausschusses führe und demzufolge seine Vertretung als ein geschäftsmäßige zu betrachten sei. Genosse R. wandte sich nunmehr mit einer Beschwerde an das Landesarbeitsamt und verlangte von diesem, dass es die ungleiche Haltung des Arbeitsamtes korrigieren sollte. Die Antwort, die R. vom Landesarbeitsamt erhielt, lautet ein Reklamewort juristischer Spitzfindigkeit dar und zeigt, dass eine Kränze der anderen nicht die Augen aushaut, auch wenn dabei die Geheke etwas umgangen werden. Das Schreiben lautet:

Der Präsident des Landesarbeitsamtes Dresden, 18. Juli 1926. No. A 112 a V/28

Herrn Rudolf Reichelt, Dresden 21, Glashütter Str. 100. Ihrem Antrage beim Arbeitsamt Dresden dahin zu wirken, dass es keine irtzige Auffassung hinsichtlich Ihrer Zulassung zur Vertretung beim Spruchauschuss Dresden respiziere, kann ich nach dem Inhalt Ihrer Eingabe vom 26. 6. 28 und dem mit mir über vom Arbeitsnachweis Dresden erstatteten Bericht nicht entsprechen, da Ihre Nichtzulassung vom Spruchauschuss innerhalb eines anhängigen Verfahrens durch förmliche Entscheidung ausgesprochen wurde und ein derartiger Zwischenbescheid im Verfahren mangels anderer Rechtsmittel nur mit dem regelmäßigen Rechtsmittel gegen die das Verfahren abschließende Entscheidung angefochten werden kann. Ich muß daher anheingeben, zunächst den Antragsteller selbst zur Fortführung des Verfahrens beim Arbeitsnachweis zu veranlassen und auf diese Weise die Möglichkeit zur Nachprüfung der Beschwerde über die Nichtzulassung in diesem Verfahren zu schaffen.

Allgemein bemerke ich zur Rechtslage folgendes: Der Beschluss des Spruchauschusses findet seine gesetzliche Unterlage in Artikel 9 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen zum Erwerbslosenversicherungsgesetz. Nach ihm können die Spruchauschüsse und Spruchkammern Bevollmächtigte und Beisitzer zurückweisen, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben. Bei der Auslegung dieser Bestimmung ist daran auszugehen, dass im Rechtsgebrauch das Wort „geschäftsmäßig“ nicht wie „Gewerbmäßigkeit“ eine Gewinnabsicht bei der in

Frage kommenden Tätigkeit voraussetzt, sondern dass der Begriff der Geschäftsmäßigkeit schon dann als erfüllt angesehen wird, wenn eine Verlor die in Frage kommende Tätigkeit ohne Rücksicht auf einen etwaigen Ertrag daraus so regelmäßig und in solchem Umfange ausübt, dass nicht mehr von einer Betätigung auf gelegentliche Erledigung von Einzelfällen gesprochen werden kann. Ob diese Voraussetzung erfüllt ist, unterliegt der Nachprüfung durch diejenige Stelle, die über die Zulassung oder ihre Ablehnung im Verfahren zu beschließen hat.

Auch bei der Feststellung geschäftsmäßigen Verhaltens ist nach § 1663 II Reichsversicherungsordnung, der im oben erwähnten Artikel ausdrücklich angezogen ist, die Zurückweisung allgemein solchen Personen gegenüber ausgeschlossen, denen das Verhandeln vor Gericht nach § 157 der Zivilprozessordnung durch Anordnung der Justizverwaltung gestattet ist und ebenso gegenüber denen, die zur geschäftsmäßigen Rechtsvertretung vor den Versicherungsämtern und Oberversicherungsämtern zugelassen sind. Diese Zulassung kann nach § 1663 III, IV RVO in einem geordneten Verfahren herbeigeführt werden. Offenbar im Hinblick auf diese Möglichkeit ist auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung eine entsprechende Zulassung gesetzlich nicht vorgesehen und auch erhehrlich, weil die Zulassung im Gebiete der Reichsversicherungsordnung ohne weiteres auch die Vertretungsmöglichkeit für die Spruchauschüsse und Spruchkammern der Arbeitslosenversicherung zur Folge hat.

Nach dem Vorstehenden sehe ich mich, auch abgesehen von dem Einzelfalle, welcher den Ausgang der Beschwerde bildet, nicht in der Lage, beim Arbeitsnachweis Ihre Zulassung zur Vertretung vor dem Spruchauschuss verbindlich anzuordnen. Wegen des Fehlens einer gesetzlichen Unterlage dafür muß ich Ihnen vielmehr anheimgeben, durch Antrag an das Oberversicherungsamt in dem oben erwähnten Verfahren Ihre Zulassung zur Vertretung vor den Versicherungsämtern herbeizuführen und auf diese Weise auch die gesetzlichen Voraussetzungen für Ihre Zulassung vor dem Spruchauschuss und der Spruchkammer der Arbeitslosenversicherung zu schaffen. gez. Unterschrift.

Die Erwerbslosen können daraus ersehen, dass das Landesarbeitsamt auch vor einer Gesetzesbeugung nicht zurückbleibt, wenn es darauf ankommt, Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, an der Ausübung ihrer Ehrenpflicht zu verhindern. Das letzte Wort ist aber in dieser Sache noch nicht gesprochen.

Der Wohnungsbau in Sachfen im 2. Vierteljahr

Nach den Angaben des Statistischen Landesamtes sind in Sachfen im 2. Vierteljahr 1452 Neubauten errichtet worden. In diesen Neubauten sind 178 mit 1 und 2 Zimmern, 851 mit 3 Zimmern, 1891 mit 4 Zimmern, 1150 mit 5 und mehr Zimmern eingebaut worden. Durch Um-, Auf- und Umbauten sind 378 Wohnungen gewonnen worden. 92 Gebäude mit 182 Wohnungen sind in dieser Zeit abgegangen, so daß ein Reinzugang von Wohnungen in Höhe von 3786 zu verzeichnen ist. 2672 Baugenehmigungen in Neubauten und 705 Um-, Auf- und Umbauten sind erteilt worden. Diese entfallen insgesamt 7435 Wohnungen.

Bei der ungeheuren Wohnungsnot nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Betriebszellen! Habt Ihr schon Eure Delegation zusammengestellt für das **Mitteldeutsche Rote Treffen in Leipzig?** **Führt Betriebszellen mit!**